



Interviews

Vor einem Jahr rief Kanzler Scholz eine "Zeitenwende" aus - Was ist bisher zur Einlösung und was muss jetzt zeitnah geschehen?

Rolf Mützenich, SPD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag, im Gespräch mit Tobias Armbrüster

"Informationen am Morgen", 27.2.2023, 7:15 Uhr

Tobias Armbrüster: Am Telefon ist jetzt Rolf Mützenich, der Fraktionsvorsitzende der SPD im Deutschen Bundestag. Schönen guten Morgen!

Rolf Mützenich: Guten Morgen, Herr Armbrüster.

Armbrüster: Herr Mützenich, Sie gehörten ja zu denen, die überrascht waren vor einem Jahr, als der Kanzler seine Ankündigung zum 100 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr gemacht hat. Haben Sie inzwischen Ihren Frieden gemacht mit der Zeitenwende?

Mützenich: Es ging überhaupt nicht darum, ob ich einen Frieden mit dem Bundeskanzler mache, sondern wir haben ein hohes Vertrauen und wir haben uns auch vor dieser Rede ausgetauscht gehabt, auch über

verschiedene Maßnahmen. Die Einzelheiten muss die Bundesregierung, muss der Bundeskanzler beantworten und insofern bin ich durchaus bis zu einer gewissen Grenze auch in das Vertrauen des Bundeskanzlers einbezogen gewesen.

Armbrüster: Wo hört denn diese Grenze auf?

Mützenich: Sie gehört dorthin, wo in diesen dramatischen Stunden – und da mussten Entscheidungen getroffen werden, ich würde auch mal sagen, im Minutentakt –, dass man da nicht ständig miteinander kommunizieren kann. Wenn ich mich recht entsinne, war der Bundeskanzler zumindest in den Tagen davor auch nicht in Deutschland gewesen – nicht der Besuch in Moskau, sondern ich meine EU-Gremien – und von daher ist das auch ein Aspekt, der die Kommunikation insgesamt betrifft.

Armbrüster: Das heißt aber, Sie sagen heute und Sie haben auch in den vergangenen Monaten immer wieder für sich selber festgestellt, die 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr, das ist völlig in Ordnung?

Mützenich: Es geht nicht darum, was dieser einzelne Betrag bedeutet, sondern es geht darum, dass wir im Grundgesetz dieses Sondervermögen festgeschrieben haben. Da sind wir auch auf die Opposition zugegangen. Ich finde, das war auch ein breiter parlamentarischer Konsens letztlich gewesen. Der war wichtig auch für die Gesellschaft. Auf der anderen Seite ist das außerhalb der Schuldengrenze passiert. Von daher sind das Maßnahmen, die vom Parlament begleitet gewesen sind. Jetzt geht es

darum, diese Mittel auch so gut auszugeben, dass wir nicht ständig wieder an der Ausgabenpolitik Kritik äußern müssen, zusammen mit dem Bundesrechnungshof, und das ist auch eine Aufgabe des Verteidigungsministers.

Armbrüster: Gut, dass Sie ihn ansprechen, den Verteidigungsminister. Der hat ja die Forderung jetzt schon wieder weiter hochgeschraubt und will zehn Milliarden Euro zusätzlich im Haushalt für sein Ressort. Was sagen Sie dazu?

Mützenich: Na ja. Herr Armbrüster, da sind Sie gelassen, da bin ich gelassen. Das ist letztlich die normale Diskussion, die Ressortminister einbringen müssen in den Verhandlungen mit dem Finanzminister. Das betrifft nicht nur den Verteidigungsminister, sondern viele letztlich anders auch. Ich habe eben gesagt, Pistorius hat die Aufgabe, insbesondere auch das Ausgabenwesen in der Bundeswehr genau zu betrachten. Ich finde, wenn wir über Verteidigungspolitik reden, ist nicht jede Waffe letztlich auch gleich zu behandeln. Auf der anderen Seite würde ich mich auch freuen, wenn Boris Pistorius sein politisches Gewicht mit dazu einbringen würde, auf der Einnahmeseite eine verlässliche Diskussion in Deutschland mit zu führen, weil ich finde, beides gehört zusammen.

Armbrüster: Was meinen Sie mit der Einnahmeseite?

Mützenich: Na ja. Insbesondere geht es darum: Können wir die Aufgaben, die wir aus der Zeitenwende, die der Bundeskanzler in seiner

Rede so gesehen hat, mit den Möglichkeiten, die wir haben, letztlich finanzieren? Das sind die jetzigen Verhandlungen. Die werden aus meiner Sicht – und da bin ich etwas anders aufgebaut – nicht öffentlich geführt. Aber es geht auch letztlich darum, mit dem Finanzminister am Ende ein gutes Tableau vorzubereiten, und ich sage auch sehr souverän und sehr deutlich, am Ende entscheidet der Deutsche Bundestag über die Ausgaben.

Armbrüster: Und könnte es sein, dass am Ende möglicherweise neue Schulden stehen, so dass alle bedient werden, der Verteidigungsminister mit weiteren zehn Milliarden und auch die Familienministerin für ihre Kindergrundsicherung?

Mützenich: Wir haben einen Koalitionsvertrag, Herr Armbrüster, wo wir sowohl was steuerliche Fragen betrifft, Ausgabenfragen, aber auch Projekte, finde ich, die Fortschrittskoalition, sehr deutlich gemacht haben, in welche Richtung wir gehen wollen, und was am Ende dort steht, werden wir dann wahrscheinlich in einem Interview Ende des Jahres, vielleicht wir beide sogar zusammen dann auch führen.

Armbrüster: Das heißt, Sie würden neue Schulden gar nicht unbedingt ausschließen?

Mützenich: Ich gehe überhaupt nicht in eine politische Diskussion, wo ich irgendetwas ausschließe, sondern ich möchte einen Haushalt finanzieren, der letztlich auch für die Herausforderungen, die für Deutschland in der

innenpolitischen, in der sozialpolitischen Diskussion bestehen, aber auch in der internationalen Politik, dass dies ein Haushalt ist, der die politischen Antworten darauf gibt.

Armbrüster: Herr Mützenich, wenn ich Ihnen so zuhöre in den letzten Minuten, dann habe ich den Eindruck – und korrigieren Sie mich, wenn ich falsch liege –, dass Sie auch zu denen gehören (und da gibt es ja nicht wenige in Deutschland), die das alles immer noch mit einer gewissen Skepsis zumindest sehen und die das Militärische in dieser Krise nicht unbedingt in jeder Situation als die richtige Lösung halten. Liege ich da richtig?

Mützenich: Ich weiß nicht, ob der Begriff Skepsis richtig ist. Der brutale Überfall Russlands auf die Ukraine, den kann man ja nicht mit Skepsis begleiten, sondern das ist durchaus ein tiefer Einschnitt innerhalb Europas. Aber ich finde, es gibt auch gar keinen Dissens in der Regierung und auch zwischen den Koalitionsfraktionen. Es kann nicht alleine militärische Antworten geben. Der Bundeskanzler ist gerade in Indien gewesen, ein Land, eine Demokratie, was sich dennoch in der Generalversammlung der Vereinten Nationen bei einem erneuten Beschluss der Stimme enthalten hat, und es ist gut, dass wir mit diesen Ländern, die möglicherweise eine ganz andere Sichtweise auf diesen internationalen Konflikt haben, uns ins Benehmen setzen. Deswegen, finde ich, kann man nicht alleine eine Diskussion in Deutschland über das Militärische führen und manche Einlassungen, die es in den letzten

Monaten gegeben hat, stehen einem Land, einer Demokratie, die sich auch zivile Mittel immer für die Konfliktbearbeitung genommen hat, ich finde, nicht gut zu Gesicht. Wenn Sie das als Skepsis beschreiben, ist das Ihre Sache. Ich habe keine Skepsis, sondern ich möchte eine breite politische Diskussion in Deutschland.

Armbrüster: Was wünschen Sie sich in der Diskussion? Sollte es mehr um Diplomatie, um Verhandlungen gehen?

Mützenich: Nein! Ich glaube, Diplomatie mit Verhandlungen gleichzusetzen, das ist etwas zu kurz gegriffen. Diplomatie ist der tägliche Versuch, Pfade möglicherweise irgendwann auch zu Verhandlungen zu finden. Mit Putin ist zurzeit nicht zu verhandeln, aber wir brauchen auch Partner, wir brauchen Länder, wir brauchen neue Mächte, die aufsteigen in der internationalen Ordnung, an unserer Seite, die helfen, dass dieser Krieg beendet wird. Ich bezweifele, dass er auf dem Schlachtfeld beendet wird. Am Ende wird er wahrscheinlich am Verhandlungstisch zu lösen sein und darauf deuten in den letzten Wochen durchaus auch die eine oder andere Äußerung hin, und da müssen wir Gespräche führen. Das tut der Bundeskanzler und dafür bin ich ihm sehr dankbar.

Armbrüster: Herr Mützenich, wir hatten hier am Samstagmorgen bei uns im Programm den SPD-Politiker, Ihren Parteifreund Klaus von Dohnanyi als Interview-Partner zu Gast. Der hat unter anderem gesagt, dass Deutschland im Grunde gar kein Mitspracherecht mehr hat beim

Weiterführen dieses Krieges beziehungsweise bei einer möglichen Zukunftslösung, dass Deutschland und die anderen europäischen Länder diese Macht völlig aus der Hand gegeben haben und die USA die Alleinentscheider sind. Stimmen Sie dem zu?

Mützenich: Das sehe ich in der Absolutheit so nicht. Deutschland ist eine wichtige Stimme. Das zeigt alleine der enge Austausch, den Bundeskanzler Scholz mit Präsident Biden führt. Das hat sich in der letzten Entscheidung über Leopards und Abrams gezeigt. Auf der anderen Seite: Auch da sollten wir uns nichts vormachen. Das sind die Realitäten in der internationalen Politik. Natürlich ist die USA die einflussreichste Macht und sie wird mit darüber entscheiden, wie dieser Krieg auf der einen Seite auch als Selbstverteidigung der Ukraine geführt wird, auf der anderen Seite aber auch, dass wir alle anderen Weiterungen verhindern. Und da bin ich sehr froh, dass wir im Weißen Haus in Washington jemand sitzen haben, der begriffen hat, auf welchem Grat wir zurzeit gehen. Das scheint mir doch sehr wichtig zu sein.

Armbrüster: Sollte es mehr Druck geben auf die Ukraine, Verhandlungen aufzunehmen beziehungsweise Gespräche zu suchen und so etwas nicht auszuschließen?

Mützenich: Druck ist nicht meine erste Wahl. Ich glaube, dass die Ukraine zurecht – und das ergibt sich aus der Charta der Vereinten Nationen – ein Selbstverteidigungsrecht hat. Auf der anderen Seite ist

auch die Ukraine bereit, in kleinen Korridoren – nehmen Sie den Gefangenenaustausch, nehmen Sie den Versuch einer Beruhigung um die ukrainischen Atomkraftwerke, das Getreideabkommen – auch verlässliche Gespräche zu führen, und das muss Russland begreifen. Wir brauchen am Ende insbesondere von Seiten der Ukraine die Möglichkeit, zumindest vielleicht zu verlässlichen Waffenruhen zu kommen, und das ist auch im Interesse Russlands. Die Verluste der russischen Streitkräfte sind groß, tagtäglich, und ich finde, wir sollten alles dafür tun, dass wir neben der militärischen Frage auch viele andere Fragen in unsere Diskussion einbeziehen.

Armbrüster: Was sagen Sie all denen, die bei dem Ganzen jetzt nicht so schnell mitkommen und die sagen, jahrzehntelang hat Deutschland Waffenlieferungen in Kriegsgebiete vermieden und auf einmal sind genau solche Waffenlieferungen oberste Staatsräson?

Mützenich: Es ist keine Staatsräson, sondern das ist die Folge eines Angriffskrieges auf die Ukraine. Es gibt das Selbstverteidigungsrecht aus der Charta der Vereinten Nationen und solange das Gremium, was für den internationalen Frieden zuständig ist aufgrund der Charta, der Sicherheitsrat gelähmt ist, existiert auch das Selbstverteidigungsrecht. Aber es gibt auch Grenzen im Selbstverteidigungsrecht. Aus dem humanitären Kriegsvölkerrecht ergeben sich hier bestimmte Fragen und insbesondere – und das hat der Bundeskanzler auch in seiner Zeitenwende-Rede deutlichgemacht -, wir wollen nicht Teil dieses Krieges

werden. Deswegen werden wir auch über jede Waffenlieferung, über jede andere Frage auch diskutieren. Und ich finde, Deutschland wäre auch gut beraten, über die Vielzahl von humanitärer Hilfe zu berichten, von wirtschaftlicher Aufbauhilfe. Das gehört genauso mit dazu wie die Unterstützung, die wir der Ukraine schon vor dem Krieg auch geleistet haben. Ich finde, eine gewisse Ehrlichkeit in der Debatte wäre manchmal auch angebracht und nicht eine gewisse Hysterie, die ich in den vergangenen Monaten als nicht politisch sehr hilfreich empfunden habe.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.